

bap – Bundesausschuss politische Bildung
c/o Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, Robertstr. 5a, 42107 Wuppertal

Bundesminister
des Inneren, für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Barbara Menke
Vorsitzende
Telefon 0202 97404 15
Menke@bap-politischebildung.de

Wuppertal, 27.04.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

Ihr Ministerium fördert die Arbeit der vielen Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung über die Bundeszentrale für politische Bildung. Die Einrichtungen, von denen viele auch Betreiber von Tagungsstätten sind, erhalten für die Durchführung von Präsenzveranstaltungen Zuwendungen nach den Richtlinien der Bundeszentrale. Jede Einrichtung hat einen Jahresantrag gestellt, für den wiederum bereits seit Beginn des Jahres ein Zuwendungsbescheid vorliegt.

Seit Mitte März sind diese Einrichtungen alle aufgrund des Verbots der Durchführung von Bildungsveranstaltungen und des Betriebens von Bildungsstätten abrupt – wie viele andere auch – durch die Auswirkungen der Corona Pandemie existenziell bedroht.

Mitglieder des Deutschen Bundestages, die die vielfältige und effektive Bildungsarbeit der Trägerlandschaft kennen, haben sich gegenüber Ihrem Haus dafür eingesetzt, durch geeignete Maßnahmen Ihres Hauses den Einrichtungen der politischen Bildung zu helfen, die Existenzbedrohung abzuwenden.

Ihr Parlamentarischer Staatssekretär Volkmar Vogel hat dies in einem Schreiben vom 17.04.2020 an die Fraktionen der Regierungskoalition aufgegriffen und dabei versichert, wie wichtig der Erhalt dieser Einrichtungen sei, insbesondere, weil sie auch nach Bewältigung der Corona Krise gesellschaftspolitisch dringend gebraucht würden.

In diesem Schreiben hat er auch angeführt, dass Zuwendungsrecht kein Rettungsschirm sei. Gleichwohl seien Maßnahmen einer flexiblen Handhabung der Zuwendung denkbar. Online-Formate statt Präsenzveranstaltungen sind der Hauptvorschlag.

Dem entspricht nun auch, was den Trägern der politischen Bildung durch Ihr Ministerium über die Bundeszentrale für politische Bildung als Unterstützung angeboten wurde. Online-Formate sollen förderfähig sein, auf den Einsatz von Eigenmitteln der Träger solle verzichtet werden können und angefallene Stornierungskosten wegen Absagen der Veranstaltungen sollen abgerechnet werden können.

Leider wird keine dieser Regelung grundlegend helfen.

- Online-Formate brauchen Zeit der Entwicklung, benötigen kostenträchtigen technischen Aufwand, müssen Teilnehmende finden und sind aber nicht mit Zahlungseinnahmen von Teilnehmenden verbunden. Wenn überhaupt, wird es nur sehr wenige solcher Online-Veranstaltungen geben.
- Eigenmittel sind mangels ausbleibender Teilnehmerzahlungen nicht vorhanden.
- Stornierungszahlungen können nicht abgerechnet werden, weil für beantragte und später abgesagte Veranstaltungen nach dem 01.04. keine Bescheide der Bundeszentrale mehr ergingen.

Wenn Ihr Ministerium die Trägerlandschaft der politischen Bildung unterstützen will, müssten Sie, wie vorgeschlagen, für die diesjährige Zuwendung durch die Bundeszentrale den Zweck erweitern und um-

gehend in eine **Jahresprojektförderung mit Förderung von Veranstaltungen, aber auch von konzeptionellen Arbeiten (z.B. Entwickeln von Bildungsformaten) und damit zusammenhängender Infrastruktur- und Personalkosten** ermöglichen.

Die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages wird dies wollen.

Eine solche Lösung kostet den Finanzminister keinen zusätzlichen Euro. Es soll nur die Erlangung der Fördermittel ermöglicht werden, für die schon Jahreszuwendungsbescheide vorliegen.

Wenn es bei dem bleibt, was Ihr Haus als Unterstützung anbietet, obwohl bei der Bewältigung der Corona-Krise sonst vieles denkbar und möglich ist, werden viele Einrichtungen der politischen Bildung ihre Arbeit schon in naher Zukunft wegen Ausbleibens der Teilnahmebeiträge und nun auch noch der (eingesparten) Zuwendungsmittel der Bundeszentrale einstellen müssen.

Es geht sicher ein Stück Glaubwürdigkeit verloren, wenn in vielen politischen Grundsatzreden der Wert der politischen Bildung und dabei auch der pluralen Trägerlandschaft betont wird, die Politische Bildung aber in Krisenzeiten strukturell nicht ausreichend unterstützt wird.

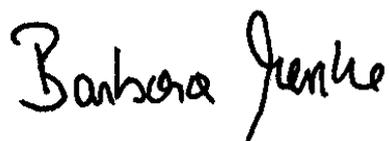
Dies gilt umso mehr, als mit einiger Sicherheit damit zu rechnen ist, dass der antidemokratische Rechtspopulismus im Laufe der Krise oder danach wieder bundesweit zurückkehren wird.

Haben Sie bitte Verständnis für unser Schreiben als Verband, in dem fast alle Träger der politischen Bildung zusammen geschlossen sind.

Wir sind selbstverständlich gesprächsbereit, stehen gerne Ihrem Haus für Erläuterungen der aus unserer Sicht Nichttauglichkeit Ihrer Hilfsangebote sowie der Erklärung unseres Vorschlags zur Verfügung und erwarten zunächst zeitnah von Ihnen, Herr Minister, eine Antwort.

Bitte haben Sie auch Verständnis dafür, dass wir für unser Anliegen ggf. Unterstützung in der breiten Öffentlichkeit suchen müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Menke
Vorsitzende
Bundesausschuss politische Bildung (bap) e.V.